

**Vom Integrationsbarometer zum Migrationsbarometer – oder:
Warum Politik die Bürgergesellschaft systematisch unterschätzt.
Von Klaus J. Bade (6.500 Zeichen)**

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für und Migration (SVR) hat im Mai 2010 ein ‚Integrationsbarometer‘ und am 13. April 2011 ein ‚Migrationsbarometer‘ vorgelegt. Im ersten Fall ging es um die Einschätzung von Integration und Integrationspolitik, im zweiten Fall um diejenige von Migration und Migrationspolitik auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland, also bei den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Das Integrationsbarometer sprach von pragmatisch-gelassenen bis verhalten positiven Haltungen zu Integration und Integrationspolitik auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft. Es zeugte ferner von einem hohen Grundvertrauen der Zuwandererbevölkerung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund. Diese Einstellungen unterschieden sich deutlich von den Schreckbildern der Desintegrationspublizistik und von dem politischen Gerede über eine in Deutschland angeblich flächendeckend ‚gescheiterte Integration‘.

Datengrundlage war eine Erhebung vom Herbst 2009, publiziert mit dem SVR-Jahresgutachten im Mai 2010. Das war, bevor der trompetende Elefant Sarrazin im Sommer und Herbst 2010 seine Spuren durch den Porzellanladen der Einwanderungsgesellschaft zog. Der SVR hat diesen Trampelpfad vermessen: Seine demoskopische Spurenlese war eine zweite Repräsentativbefragung Ende 2010, also nach dem Höhepunkt der Sarrazinade.

Die Umfrage verzeichnete einiges an Verheerungen: Der Aussage, Mehrheits- und Einwandererbevölkerung lebten „ungestört miteinander“, hatten im Herbst 2009 noch 21,7 Prozent der Einwanderer „voll und ganz“ zugestimmt. Im November und Dezember 2010 bestätigten diese positive Einstellung nur noch 9,1 Prozent – Absturz bei den Integrationsoptimisten um mehr als die Hälfte.

Umgekehrt verdoppelte sich fast der Anteil der Integrationspessimisten unter den Einwanderern: Der Anteil derjenigen, die die Annahme eines ungestörten Miteinanders mit „gar nicht“ bewerteten, stieg von nur 3,5 im Jahr 2009 auf 6 Prozent Ende 2010. Auch in der Mehrheitsbevölkerung nahm die Einschätzung eines uneingeschränkt positiven Zusammenlebens um mehr als die Hälfte ab – von 10,7 auf 4,3 Prozent.

Aber der Anteil derjenigen, die die Frage nach dem ungestörten Zusammenleben mit „teils, teils“ (also teils ungestört, teils problematisch)

bewerteten, stieg unter den Zuwanderern von 20,3 auf 32,7 Prozent. Und auch der Anteil in der Mehrheitsbevölkerung stieg, fast parallel, von 20,9 auf 34,2 Prozent.

Ergebnis: In den Meinungsspitzen bei der Zuwandererbevölkerung gibt es zwar Bestürzung, Ernüchterung und Integrationspessimismus anstelle des noch Ende 2009 gemessenen Integrationsoptimismus. In der breiten Mitte der Einwanderungsgesellschaft aber ist eine in unterschiedlichem Grad aus Enttäuschung, aus Ernüchterung oder aus näherer Information geborene pragmatische Differenzierung gewachsen, die sich in den zurückhaltend-abwägenden ‚Teils-teils‘-Bewertungen niederschlägt. Die

Anders gewendet: Der Flurschaden bzw. der Porzellanschaden der sog. „Sarrazin-Debatte“ ist beträchtlich sowohl im Blick auf die Stimmung in der Einwandererbevölkerung als auch im Blick auf den neuerlichen Attraktivitätsverlust des Einwanderungslandes im Innern und nach außen hin. So betrachtet, war die sog. Sarrazin-Debatte, von geringem und in Wirklichkeit nur erneuertem Erkenntnisgewinn abgesehen, ein doppeltes Eigentor im demographisch alternden Einwanderungsland, das auf sozialen Frieden, kulturelle Toleranz und auf Zuwanderung angewiesen ist.

In der Breite des Meinungsfeldes in der Einwanderungsgesellschaft aber war der Sarrazin-Schaden durchaus geringer als befürchtet – trotz allem politischen Gerede von den sogenannten ‚Ängsten in der Bevölkerung, die man ernst nehmen‘ müsse. Die Einwanderungsgesellschaft ist also belastbarer als von vielen vielleicht vermutet.

Zu in einiger Hinsicht verwandten Ergebnissen kommt das 2011 erstmals vorgelegte SVR-Migrationsbarometer, das nach subjektiven Einschätzungen von Migration und Migrationspolitik fragt. Ergebnis: In der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund dominiert weithin eine durchaus pragmatische Einschätzung von Migration und Migrationspolitik. Die pragmatischen Einschätzungen unterscheiden sich abermals wie in einem Zerrspiegel von düsteren Migrations-Menetekeln von Zuwanderung als Bedrohung für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat.

Diese Schreckbilder werden ebenfalls von der Sensationspublizistik verbreitet. Sie werden ebenfalls nicht selten auch von der Politik als Menetekel an die Wand geworfen, aus partei- und wahltaktischen Gründen sowie zur vordergründigen Legitimation von politischem Nichthandeln bzw. von Fundamentalopposition gegenüber migrationspolitischen Reformkonzepten.

Eine ganz ähnliche Spannung zwischen tatsächlichen Bürgermeinungen und falschen Bürgereinschätzungen durch Politik zeigt das Migrationsbarometer im Blick auf eine durchaus realitätsbezogene

Bewertung der Gefahr eines Brain-Drain bei den Befragten mit und ohne Migrationshintergrund. Deren pragmatisch-nüchterne Einschätzungen stehen ebenfalls in deutlichem Gegensatz zu der in diesem Falle von Politik nicht selten beschwichtigend heruntergespielten Bedeutung der Abwanderung von Spitzenkräften aus dem demografisch alternden Migrationsland in der Mitte Europas.

Fazit: Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland sind – von einigen Fehleinschätzungen abgesehen – auch über die realen Migrationsverhältnisse im Land weit besser informiert als Politik gelegentlich anzunehmen scheint. Politik sollte begreifen, daß der Souverän, also die Bürgergesellschaft, es entschieden satt hat, in Sachen Migration und Integration bedient zu werden mit mäandernden Bestandsaufnahmen, wechselseitigen politischen Schuldzuweisungen, appellativen Ankündigungen und trostvollen Versicherungen unter Berufung auf angebliche Bürgerängste.

Die Bürgergesellschaft erwartet stattdessen gerade in diesem gesellschaftspolitisch brisanten Gebiet klar konzeptorientierte – und damit in ihren Zielperspektiven und Zielannäherungen kontrollierbare – Richtungsentscheidungen, getragen von persönlich verantwortungsbereiter politischer Führungsstärke. Das sollte endlich Folgen haben.

Prof. Dr. Klaus J. Bade ist Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)